

Das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden wendet sich gegen die derzeitige aggressive Kriegspolitik und Kriegshysterie der USA und ihrer Verbündeten, die die Welt an den Abgrund eines neuen Weltkrieges führt. Die gewalttätige Politik militärischer Interventionen und völkerrechtswidriger Regimewechsel, birgt die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs einer militärischen Konfrontation zwischen den Großmächten in sich. Es brennt auf nahezu allen Kontinenten unserer Erde, auch in Europa.

Getrieben von der Gier nach alleiniger Weltherrschaft und neuen ökonomischen Einflussphären, maßt sich die kapitalistische Welt an, historisch entstandene Kulturen, Länder, ganze Regionen nach dem fragwürdigen Muster sogenannter freiheitlich parlamentarischer Demokratien reformieren zu wollen.

Die Versprechen von mehr Demokratie, von nationaler Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand durch westliche Intervention haben nur ein tödliches Erbe gescheiterter Staaten und katastrophaler Ergebnisse hinterlassen. Keiner der Kriege der jüngeren Vergangenheit, ohnehin unter fadenscheinigen, auf Lügen beruhenden Begründungen angezettelt, hat jedoch die vorgetäuschten Kriegsziele je erreicht. Die Völker wissen, wer tatsächlich für das Chaos verantwortlich ist, das jetzt in Afghanistan, im Irak, in Nigeria, in Libyen, im Jemen, in Syrien und in der Ukraine herrscht, und wer damit fortfährt, andere Nationen zu bedrohen – einschließlich Russland, China und Iran. Vor dem Hintergrund zunehmender ökologischer Krisen, extremer Armut und wachsender sozialer und religiöser Spannungen, schafft diese extrem gefährliche Außenpolitik, die vom Westen und den Medien betrieben wird, nur noch immer mehr Terroristen, mehr Opfer, mehr Flüchtlinge, mehr Armut und mehr Destabilisierung.

In Syrien führt eine Koalition bestehend aus den USA, NATO-Ländern und den Golfstaaten eine kriminelle Kampagne - der angeblichen Bekämpfung des Terrorismus, und gleichzeitig wird der Sturz eines gewählten Präsidenten aktiv betrieben. Diese US-geführte Koalition unterstützt extremistische Söldner, während sie offiziell vorgeben, den Terrorismus zu bekämpfen, fahren sie fort, dieselben Gruppen zu trainieren, zu finanzieren und zu bewaffnen. Der alte Feind Russland ist neu entdeckt. Eine Russophobie ohnegleichen ist wieder ausgebrochen. Lügen und Diffamierungen sind an der Tagesordnung. Auch vor einem Wirtschaftskrieg in Form von Sanktionen schreckt man nicht zurück.

Der vermeintliche Chemiewaffenangriff auf die Stadt Duma eskalierte den Konflikt um Syrien gerade zu dem Zeitpunkt, als Damaskus im Begriff war, die volle Kontrolle über Ost-Ghuta zu erlangen. Obwohl das russische Verteidigungsministerium Beweise vorgelegt hat, dass der gemeldete Chemiewaffenangriff in Syrien inszeniert wurde, wird die syrische Regierung auf Schärfste verurteilt und es droht eine Eskalation mit Russland und dem Iran.

In der aktuellen Situation geht es allein darum, Eskalation zu verhindern. Stattdessen heizt eine Bundeskanzlerin den Konflikt verbal an und bemüht sich nicht darum, für Zurückhaltung und Mäßigung zu sorgen. Wilfried Schmitz, Rechtsanwalt mit Sitz in Selkant bei Aachen, hat wegen der öffentlichen Beschuldigung gegen die Russische Föderation (RF) für einen „angeblichen Giftgas-Anschlag“ im britischen Salisbury

verantwortlich zu sein, Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) und Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) wegen aller „in Betracht kommenden Straftatbestände“, insbesondere wegen des Tatverdachts der Volksverhetzung gemäß Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs (StGB) und der möglichen Aufstachelung zum Verbrechen der Aggression (gemäß Paragraph 13 VStGB [Völkerstrafgesetzbuch]), der üblen Nachrede nach § 186 StGB und wegen möglicher Verleumdung nach § 187 StGB sowie des Vortäuschens einer Straftat nach § 145 StGB erstatet. Wir unterstützen diese Initiative und erklären uns solidarisch.

Die Zeit ist gekommen, um dieser ernststen Bedrohung für die Menschheit entgegenzutreten. Respekt für die Grundsätze von Souveränität, Selbstbestimmung und Nichtinterventionismus muss wiederhergestellt werden und die Einhaltung des Völkerrechts muss höchste Priorität haben. Insgesamt ist es die Mehrheit der Nationen der Welt, die einen multipolaren Ansatz für globale Angelegenheiten auf der Grundlage der Prinzipien der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterstützt. Und genau dies ist der Grund, warum der Westen dieses Projekt scheitern sehen will – weil es eine Bedrohung für seine globale Hegemonie darstellt.

Wir respektieren die Souveränität aller Nationen und ihr Recht auf Selbstbestimmung. Wir glauben, dass die Zukunft eines JEDEN Landes von den Bürgern dieses Landes allein bestimmt werden muss, unabhängig von äußeren Bedrohungen und Einmischungen, und dass alle multinationalen Konflikte durch politische Prozesse und diplomatische Verhandlungen gelöst werden sollten.